

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Erich Valentin (SPÖ), Ernst Holzmann (SPÖ), Christian Hursky (SPÖ), Georg Niedermühlbichler (SPÖ), Ilse Fitzbauer (SPÖ), Luise Däger-Gregori, MSc (SPÖ), Dipl.-Ing. Selma Arapović (NEOS) und Mag.a Angelika Pipal-Leixner, MBA (NEOS) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Innovation, Stadtplanung und Mobilität) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Betreffend: Seit über einem Monat auf der Suche nach einem Lebenszeichen der StVO-Novelle für die verkehrsberuhigte Innere Stadt

Am 13. Oktober 2022 wurde im Alten Rathaus in Wien von Verkehrsstadträtin Ulli Sima und dem Bezirksvorsteher der Inneren Stadt Markus Figl die fertige Machbarkeitsstudie für ein Fotokamera-basiertes Zonenzufahrtsmanagement in den 1. Bezirk präsentiert, das einen wesentlichen Aspekt zu einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentrum Wiens liefern könnte: Die Studie belegt, dass eine derartige Verkehrsberuhigung in der Wiener Innenstadt eine deutlich gesteigerte Lebens- und Aufenthaltsqualität erwirken würde. Laut Berechnungen des beauftragten Verkehrsplanungsbüros Traffix würden etwa ein Drittel weniger Einfahrten in den 1. Bezirk erzielt und die Stellplatzauslastung an der Oberfläche um rund ein Viertel reduziert werden. Auch die Zufahrtsmöglichkeiten in den Bereich innerhalb von Ring und Kai könnten somit im Rahmen der Implementierung dieses neuen Systems von 34 auf 26 Zufahrten reduziert werden. Damit würde das Projekt eine wichtige Klimaschutzmaßnahme darstellen.

Damit ein solches System, bei dem Fotokameras zur Vollziehung eines Fahrverbots im Sinne einer Verkehrsberuhigung eingesetzt werden, auch in Österreich legal verwendet werden darf, ist eine neue gesetzliche Bestimmung in der Straßenverkehrsordnung von Nöten. Der relevante Passus orientiert sich im Wesentlichen an ähnlich gelagerten Rechtsbestimmungen, die bereits die Überwachung der Maut oder auch der Geschwindigkeit in Form einer „Section-Control“ in Österreich regeln. Diese Bestimmung §98h, die sich auch im seitens des Bundesministeriums mitfinanzierten Datenschutzgutachten des österreichischen Datenschutzexperten Prof. Forgo wiederfindet, würde es allen österreichischen Gemeinden ermöglichen Fotokamera-basierter Technologie für den Zweck der

Verkehrsberuhigung, der Verkehrssicherheit und letzten Endes auch des Klimaschutzes einzusetzen.

Vor etwas mehr als vier Wochen hatten Stadträtin Ulli Sima und Bezirksvorsteher Markus Figl am 13. Oktober 2023, dem Jahrestag der Präsentation der Machbarkeitsstudie, nun auch gemeinsam mit WKW-Chef Walter Ruck erneut vehement die Novellierung der Straßenverkehrsordnung gefordert, was in einer Überraschung wenige Stunden nach der Pressekonferenz mündete: Über eine österreichische Tageszeitung ließ Bundesministerin Gewessler verlautbaren, dass die betreffende StVO-Novelle bereits dem Koalitionspartner ÖVP zur weiteren Abstimmung übergeben wurde. Seitdem konnten keinerlei neue Informationen oder gar eine geplante Einleitung eines Begutachtungsverfahrens seitens der Stadtverwaltung vernommen werden. Der Inhalt der StVO-Novelle ist somit einer breiteren Öffentlichkeit bis dato nicht bekannt.

Die gefertigten Gemeinderät*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler auf, betreffend die von allen Bundesländern geforderte StVO-Bestimmung §98h StVO 1960, die laut Medienberichten ohnehin geplant scheint, so rasch wie möglich ein Begutachtungsverfahren für den Gesetzesvorschlag einer 35. StVO-Novelle einzuleiten. Dadurch könnten auch die Bundesländer, die die Schaffung der Bestimmung §98h so vehement gefordert haben, endlich weitere Handlungsschritte und Vorbereitungen treffen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 24. November 2023

